



TARIFINFO

Weitere Infos & Kontakt: news.dkp.de • unsere-zeit.de • pv@dkp.de

FÜR MEHR LOHN – GEGEN SOZIALABBAU UND AUFRÜSTUNG



Foto: Klaus Peter Wittemann

hen. Die Rüstungsindustrie fährt große Gewinne ein. Die nächsten Kriege werden vorbereitet.

Neue Qualität des sozialen Kahlschlags

In der Bevölkerung wird mit einseitiger Medienberichterstattung eine Stimmung der Alternativlosigkeit organisiert. Die Herrschenden treibt die Hoffnung, dass sich kein Widerstand regt gegen die Sparpolitik auf Kosten der Mehrheit der arbeitenden Menschen in diesem Land. Die Ampel-Regierung zerschlägt die Sozialsysteme in völlig neuer Größenordnung. Bei Kinderversorgung, Kranken- und Pflegeversicherung und Rente wird gekürzt. Die Kommunen

In der Tarifrunde der Länder zeigt sich, wofür dieser Staat Geld ausgeben will und wofür nicht mehr. Für die Beschäftigten in Landesverwaltungen, Kitas, Kliniken und im Straßenbau ist kein Geld mehr da. Wer in Ballungszentren lebt, muss inzwischen Wohngeld beantragen, auch wenn er im öffentlichen Dienst arbeitet. Studierende, die nicht aus reichem Elternhaus kommen, sollen auch weiterhin als studentisch Beschäftigte unter dem Mindestlohniveau den Betrieb an den Universitäten aufrechterhalten. All das halten die Arbeitgeber der Länder für normal. Deshalb wollen sie die Streikenden hinhalten und haben zwei Verhandlungsrunden lang kein Angebot abgegeben.

Wir brauchen den Inflationsausgleich!

In der dritten Verhandlungsrunde werden sie dann absehbar mit einem schlechten Angebot aufwarten, welches noch nicht mal reichen wird, um die Inflation seit der letzten Tariferhöhung auszugleichen.

Damit setzen die Arbeitgeber der Länder konsequent um, was der Staat und die Reichen und Konzerne in Deutschland gerade auf ihrer Agenda haben und wie sie sich die Welt vorstellen. Die Kriege in der Ukraine und im Gaza-Streifen werden genutzt, um die Rüstung weiter anzukurbeln und der öffentlichen Daseinsfürsorge endgültig das Wasser abzudre-

Gegenfinanziert mit der Abrissbirne

Geplant ist eine rigorose Streichorgie in fast allen lebenswichtigen Bereichen. So bei der Unterstützung von Familien, Kindern, Kranken und hilfebedürftigen Menschen. Die Reichen schert das nicht. Sie können sich privat absichern. Werden von der Ampel gut bedient.

Von der benötigten Kindergrundsicherung von 20 Mrd. Euro bleiben gerade mal 2 Mrd. übrig. Wohngeld, BAFöG, Freiwilligendienste, Jugendmigrationsarbeit, Pflegeversicherung, Integration in den Arbeitsmarkt – überall wird brutal gestrichen.

werden noch weniger in der Lage sein, den Bürgerinnen und Bürgern Leistungen wie Schwimmbäder oder Bibliotheken anzubieten, die sich normale Beschäftigte auch leisten können. Noch mehr Krankenhäuser werden geschlossen.

Nur die Rüstungsindustrie feiert „Goldene Zeiten“

„Für uns fließt ‚Milch und Honig‘, aber ‚Panzer alleine reichen nicht‘“, jubelt der Chef des Rüstungsunternehmens Hensoldt, Thomas Müller. Er lobt dabei den Einsatz der Grünen für die Kriegswaffenoffensive.

Milch und Honig nur für Rüstungskonzerne

Stattdessen gehen Milliarden Euro in Aufrüstung und in die Kassen der Konzerne. Ab 2024 sollen jedes Jahr 2 Prozent des Bundeshaushaltes für Krieg ausgegeben werden. Das sind dann 20 Prozent aller Staatsausgaben für Bundeswehr, NATO und Aufrüstung. Der Chef des Rüstungsunternehmens Hensoldt, Thomas Müller, spricht Klartext: Eine neue Ära liege vor der Rüstungsindustrie. Für ihre Branche fließe damit Milch und Honig.

500 Euro mindestens!

Gegen diese Politik braucht es Widerstand. In den Streiks im öffentlichen Dienst der Länder, im Handel und in der Stahlindustrie geht es nicht nur um Lohnerhöhungen. Es geht auch darum, die Spirale der Kriege und Aufrüstung

zu durchbrechen und ihr unsere Vorstellung einer gerechten Welt entgegenzusetzen. Jeder Euro, der in die Rüstung gesteckt wird, fehlt uns. Deshalb: Runter mit der Rüstung, Millionäre zur Kasse bitten – Für Löhne, die zum Leben reichen! 500 Euro mehr für jeden sind da ein guter Anfang.

Kriegspolitik stoppen!

Es braucht aber auch ein Ende der Kriege und ein Ende der Kriegstreiberei, die sich vor allem die USA und in der EU Deutschland auf die Fahnen geschrieben haben. Frieden in der Ukraine und auch im Gaza wäre längst umgesetzt, wenn die Kriege nicht im Interesse der Herrschenden wären. Sie werden sie fortführen und damit den Sozialabbau vor-

Ein explodierender Kriegshaushalt

2024: 85,5 Mrd.
(+ 21,4 Mrd., eine Steigerung von 34 Prozent)
2025: 109 Mrd.
(+ 45 Mrd. zum Stand 2023)
Hinzu kommt die langfristig versprochene direkte Kriegsunterstützung an das korruptionsgeschüttelte ukrainische Regime in mehrstelliger Milliardenhöhe.

antreiben, wenn wir sie nicht davon abhalten. Mit Friedensdemonstrationen wie am 25. November in Berlin! Mit Streiks in dieser und allen anderen Tarifgruppen. Und bei der Fortführung dieser Politik auch mit Streiks direkt gegen den Kriegskurs dieser Regierung.



unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung
Zeitung der DKP



Wir schreiben – auch beim Thema Löhne – dort weiter, wo andere Medien längst schweigen.

Ich möchte gerne:

- Die UZ sechs Wochen gratis probelesen (Print & Online)! Der Bezug endet automatisch
- Weitere Informationen über die DKP

Name

Vorname

Straße, Hausnr.

PLZ

Ort

Telefon

E-Mail

(Ohne E-Mail kein Online-Bezug möglich)

Zurück an: DKP-Parteivorstand
Hoffnungstraße 18 . 45127 Essen
Tel.: 0201 - 17 78 89 23
E-Mail: info@unsere-zeit.de